

Steigende Zufriedenheit in Ostdeutschland, sinkende Zufriedenheit in Westdeutschland: Indikatoren zur "subjektiven Lage der Nation"

Noll, Heinz-Herbert

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Noll, H.-H. (1994). Steigende Zufriedenheit in Ostdeutschland, sinkende Zufriedenheit in Westdeutschland: Indikatoren zur "subjektiven Lage der Nation". *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 11, 1-7. <https://doi.org/10.15464/isi.11.1994.1-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

ISI

Informationsdienst Soziale Indikatoren

Sozialberichterstattung * Gesellschaftliche Trends * Aktuelle Informationen

Nr. 11
Januar 1994

Eine **ZUMA**
Publikation

Steigende Zufriedenheit in Ostdeutschland, sinkende Zufriedenheit in Westdeutschland

- Indikatoren zur „subjektiven Lage der Nation“ -

Das zunehmend rauhere soziale Klima, das die Stimmung in Deutschland seit einiger Zeit beherrscht, ist auch, aber wohl nicht nur auf die unerwartet großen objektiven Schwierigkeiten zurückzuführen, die der Transformationsprozeß in Ostdeutschland und die erstrebte Angleichung der Lebensverhältnisse an das in den alten Bundesländern erreichte Niveau mit sich bringt. Beschäftigungseinbrüche, Leistungskürzungen, teilweise sinkende Realeinkommen und verschärfte Verteilungskonflikte blieben nicht ohne Folgen. Offenbar spielen aber auch Momente, wie gegenseitige Ressentiments und die berechtigten oder unberechtigten Befürchtungen verschiedener Bevölkerungsgruppen deklassiert, oder marginalisiert zu werden, Besitzstände zu verlieren, vom versprochenen Wohlstand ausgeschlossen zu bleiben oder auf erwartete und gewohnte Wohlfahrtssteigerungen verzichten zu müssen, eine nicht zu unterschätzende Rolle. Im vorliegenden Beitrag wird mithilfe von subjektiven sozialen Indikatoren untersucht, wie die Bundesbürger in Ost und West ihre persönlichen Lebensverhältnisse und die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung wahrnehmen und bewerten und damit zugleich versucht, eine Zwischenbilanz des bisherigen Prozesses der „inneren Einigung“ drei Jahre nach der förmlichen Wiedervereinigung zu ziehen. Wie zufrieden oder unzufrieden die Menschen in den alten und neuen Bundesländern sind, welche Prioritäten sie setzen, welche Sorgen, Erwartungen und Ansprüche sie haben, und wie sie der Zukunft entgegensehen, sind einige Fragen, um die es im folgenden geht.

Inhalt

| | |
|---|----|
| Steigende Zufriedenheit in Ostdeutschland, sinkende Zufriedenheit in Westdeutschland | 1 |
| Wohlfahrtsurvey 1993 | 2 |
| Anteil der Singlehaushalte in den alten Bundesländern deutlich höher als in den neuen Bundesländern | 7 |
| Wohnqualität in Ostdeutschland noch weit unter dem westdeutschen Niveau | 13 |
| Jahrestagung der Sektion Sozialindikatoren 1993 | 19 |
| Buchbesprechung: Where We Stand | 19 |

Aufschlußreich ist zunächst, wie die Bürger die Veränderungen ihrer persönlichen Lebensumstände nach der Wiedervereinigung summarisch beurteilen. Danach befragt, ob sich ihre Lebensbedingungen im Vergleich zu 1990 - dem Jahr der deutschen Einheit - verbessert oder verschlechtert hätten, gibt jeder zweite Bürger der neuen Bundesländer Verbesserungen an, ein knappes Viertel der ostdeutschen Bevölkerung glaubt, sich verschlechtert zu haben, ein gutes Viertel vermag keine großen Unterschiede festzustellen (Graphik 1). Obwohl die faktischen Veränderungen vielfach hinter den hochgesteckten Erwartungen und voreiligen Versprechungen zurückgeblieben

sind, fällt das Urteil der ostdeutschen Bevölkerung überwiegend positiv aus, wenn die Verhältnisse zu Beginn des Vereinigungsprozesses als Vergleichsmaßstab herangezogen werden. Ganz anders ist das Bild im Westen der Republik. Hier - wo stetige Wohlfahrtssteigerungen bisher die Regel waren - glaubt nur jeder zehnte Bundesbürger, daß sich seine persönlichen Lebensbedingungen in den vergangenen drei Jahren weiter verbessert hätten, aber 60 Prozent beobachten eine Stagnation und nahezu jeder dritte wertet die Entwicklung seiner Lebensverhältnisse als Verschlechterung. Diese in Ost und West gegensätzlichen Beurteilungen der

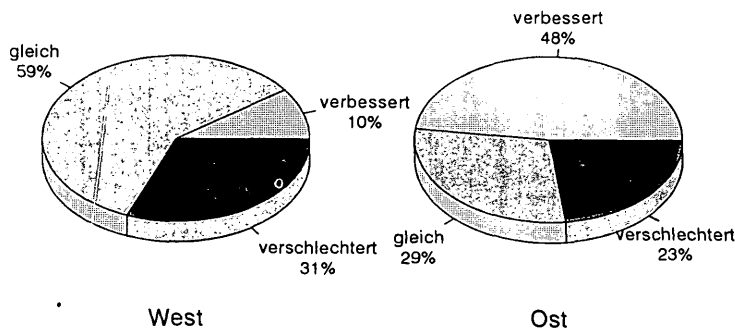
Wohlfahrtssurvey 1993

Die vorliegende Ausgabe des Informationsdienstes Soziale Indikatoren berichtet in drei Beiträgen über Ergebnisse des Wohlfahrtssurveys 1993. Der bisher sechste Wohlfahrtssurvey wurde im Frühjahr 1993 im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Gemeinschaftsprojekts der ZUMA-Abteilung Soziale Indikatoren und der Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung durchgeführt. Das Projekt „Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland“ wurde von Wolfgang Zapf, Heinz-Herbert Noll und Roland Habich beantragt. Der Wohlfahrtssurvey ist eine speziell für die Wohlfahrtsmessung und Analyse der Lebensqualität - in ihren objektiven und subjektiven Komponenten - konzipierte Repräsentativbefragung und gehört zusammen mit der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften und dem Sozioökonomischen Panel zu den wichtigsten Instrumenten der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung in Deutschland.

Der Wohlfahrtssurvey 1993, der erstmals alte und neue Bundesländer gleichzeitig umfaßt, hat einen Stichprobenumfang von 3062 Befragten, davon 2046 in Westdeutschland und 1016 in Ostdeutschland. Um Ost-West-Vergleiche zu erleichtern, wurde die Stichprobe bewußt disproportional angelegt. Die Befragung wurde von Infratest Sozialforschung und Infratest Burke Berlin durchgeführt. Wohlfahrtssurveys waren zuvor bereits in den Jahren 1978, 1980, 1984 und 1988 durchgeführt worden. Im Rahmen einer Baseline-Studie wurde 1990 - unmittelbar nach der staatlichen Vereinigung - zudem ein auf die neuen Bundesländer beschränkter Wohlfahrtssurvey erhoben. Die Wohlfahrtssurveys bieten damit eine Datenbasis, die detaillierte Analysen der Wohlfahrtsentwicklung, der Wohlfahrtsdisparitäten sowie der Prozesse der Angleichung der Lebensverhältnisse in West- und Ostdeutschland erlauben. *hhn*

Graphik 1

Veränderung der Lebensbedingungen 1993 im Vergleich zu 1990



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993

Entwicklung werfen ein bezeichnendes Licht auf die gegenwärtige Stimmungslage, auch wenn man dabei die unterschiedlichen Ausgangsniveaus berücksichtigen muß.

Versucht man anhand der subjektiven Wahrnehmung einer Verbesserung oder Verschlechterung der Lebensbedingungen „Gewinner“ und „Verlierer“ des sozialen Wandels und der deutschen Vereinigung zu identifizieren und zu charakterisieren, so sind im Westen und im Osten durchaus Parallelen festzustellen. Abgesehen davon, daß z.T. auch individuelle Lebensereignisse, wie z.B. eine Scheidung, die Bilanz negativ prägen, werden hier wie dort Verschlechterungen in erster Linie von gesellschaftlichen Gruppen genannt, die jetzt, aber in der Regel auch früher schon, nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen oder standen: Personen, die aus dem Erwerbsleben verdrängt wurden, als un- oder angelernte Arbeiter tätig sind, gesundheitliche Beeinträchtigungen aufweisen oder über ein niedriges Bildungsniveau bzw. nur schwer verwertbare Qualifikationen verfügen. Auf der Verliererseite sieht sich gerade in Ostdeutschland häufiger als andere auch die Altersgruppe der 50 bis 65jährigen; Menschen, die für einen Neuanfang oder eine grundsätzliche Umorientierung manchmal schon zu alt, für die Rente sowie den ihnen offerierten Vorruhestand aber vielfach noch zu jung sind und denen

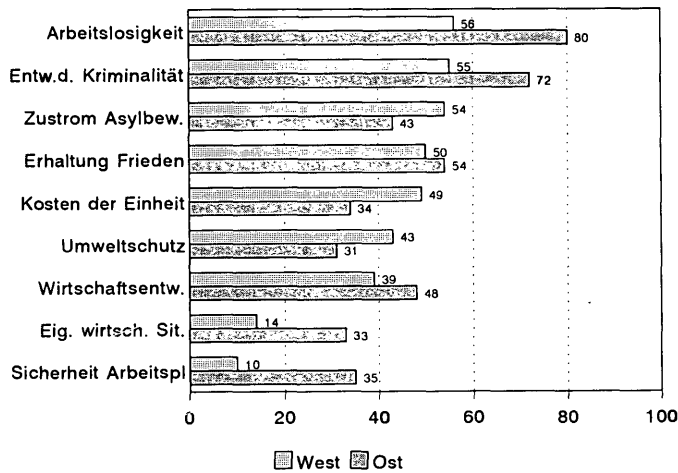
oftmals schlicht keine Chance mehr geboten wird. Als Gewinner des Wandels sehen sich in den neuen Bundesländern dagegen in erster Linie Personen, die sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten und in einer Angestelltenposition plazieren konnten, jüngere Bevölkerungsgruppen, aber nicht zuletzt auch Rentner.

Arbeitslosigkeit und Kriminalität bereiten größte Sorgen

Die größten Sorgen machte den Bundesbürgern in Ost und West 1993 gleichermaßen die Arbeitslosigkeit und die Entwicklung der Kriminalität (Graphik 2). In Westdeutschland stand an dritter Stelle schon der Zustrom der Asylbewerber, gefolgt von der Erhaltung des Friedens und den Kosten der deutschen Vereinigung. Damit wird deutlich, wie sehr die Bevölkerung hier gegenwärtig um die Erhaltung ihres Wohlstands fürchtet. Die Bürger in den neuen Bundesländern machten sich nach Arbeitslosigkeit und Kriminalität die größten Sorgen um die Erhaltung des Friedens und die Wirtschaftsentwicklung. Der Zustrom von Asylbewerbern folgt hier erst an fünfter Stelle. Während sich „nur“ 14 bzw. 10 Prozent der Westdeutschen große Sorgen um ihre eigene wirtschaftliche Situation bzw. die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes machen, gilt dies für nicht weniger als ein Drittel aller Ostdeutschen.

Auch in der Frage, was den Menschen für

Graphik 2
Besorgnisse der Bürger in Ost und West
Anteil "große Sorgen" in %



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993

ihr Wohlbefinden mehr oder weniger wichtig ist, setzen Ost- und Westdeutsche teilweise unterschiedliche Prioritäten. Dabei spielen die andersartigen Problemlagen und das Wohlstandsgefälle, aber auch Unterschiede in den generellen Wertorientierungen eine Rolle. Die größere Bedeutung, die der Arbeit, dem Einkommen und dem Schutz vor Kriminalität von der ostdeutschen Bevölkerung zugeschrieben wird und die geringere Priorität, die der Umweltschutz und die Freizeit im Vergleich zur westdeutschen Bevölkerung genießt, weist darauf hin, daß in den neuen Bundesländern materialistische und Sicherheitsbedürfnisse gegenüber den postmaterialistischen Bedürfnissen noch klar im Vordergrund stehen. Gemeinsam ist den Deutschen in Ost und West, daß sie den persönlichen Aspekten des Lebens - Gesundheit, Familie, Liebe und Zuneigung - die größte Bedeutung für ihr Wohlbefinden beimessen.

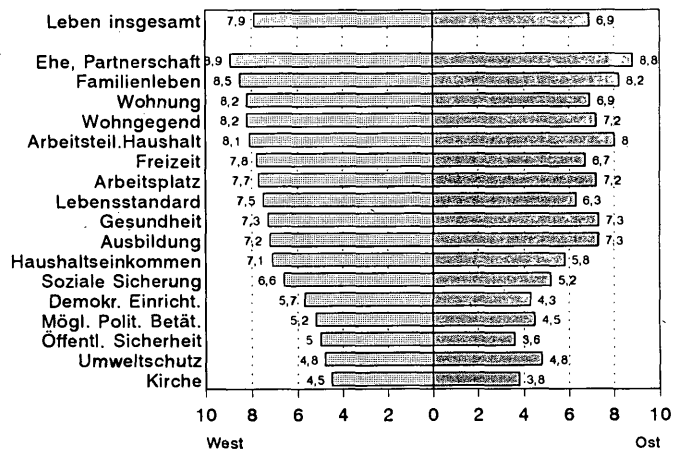
Zufriedenheit der Ostdeutschen noch deutlich niedriger als im Westen

Informationen darüber, wie zufrieden die Bürger in Ost und West gegenwärtig mit verschiedenen Aspekten ihrer Lebensbedingungen und ihrem Leben insgesamt sind, lassen sich zu einem Bild des subjektiven Wohlbefindens und der subjektiv wahrgenommenen Lebensqualität in Deutschland zusammenfügen. Die Zufriedenheitsdifferenzen zwischen Ost- und

Westdeutschen sind auch 1993 noch eklatant: Auf der von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) reichenden Skala stufen sich die Ostdeutschen sowohl bei den Zufriedenheiten mit einzelnen Lebensbereichen als auch bei der Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt nach wie vor deutlich niedriger ein als die Westdeutschen. Der Tendenz nach haben sich die Unterschiede über die Zeit jedoch verringert.

Betrachtet man die Zufriedenheitswerte im einzelnen (Graphik 3), so zeigt sich bei der Bewertung der verschiedenen Lebensbereiche zunächst ein für West- und Ostdeutsche ähnliches Muster mit einigen charakteristischen Unterschieden. In den alten und neuen Bundesländern gleichermaßen sind die Bürger am zufriedensten mit den „privaten“ und persönlich bestimmten Seiten des Lebens wie Ehe bzw. Partnerschaft und Familie. Am wenigsten zufrieden sind sie mit den „öffentlichen“, der individuellen Beeinflussung weitgehend entzogenen Aspekten, wie der Demokratie, den Möglichkeiten politischer Betätigung, der öffentlichen Sicherheit, dem Umweltschutz und der Kirche. Relativ zufriedener - gemessen an der Rangfolge - als die westdeutschen sind die ostdeutschen Bundesbürger vor allem mit ihrer Gesundheit und Ausbildung sowie dem Umweltschutz, weniger zufrieden insbesondere mit ihren Wohnverhältnissen. Absolut zufriedener als die Westdeutschen sind die Ostdeutschen freilich mit keinem der vorgegebenen Bereiche. Bestenfalls sind die Skalenwerte - wie bei der Zufriedenheit mit der Arbeitsteilung im Haushalt oder der Zufriedenheit mit der Gesundheit, der Ausbildung und dem Umweltschutz - in etwa gleich. Am größten sind die Unterschiede bei der Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit, der Demokratie, der Sozialen Sicherung, dem Haushaltseinkommen, der Wohnung und dem Le-

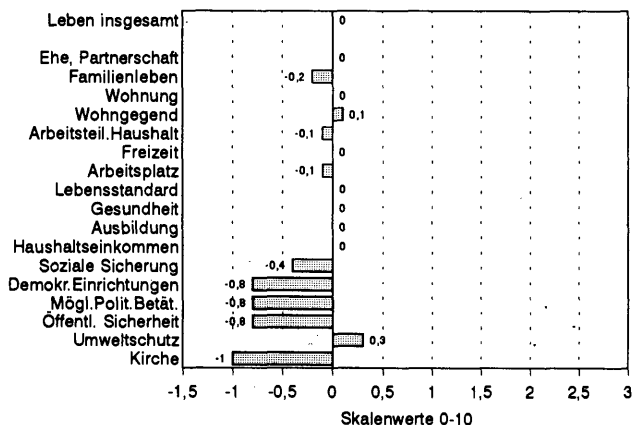
Graphik 3
Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen
Durchschnitt auf Skala 0 - 10



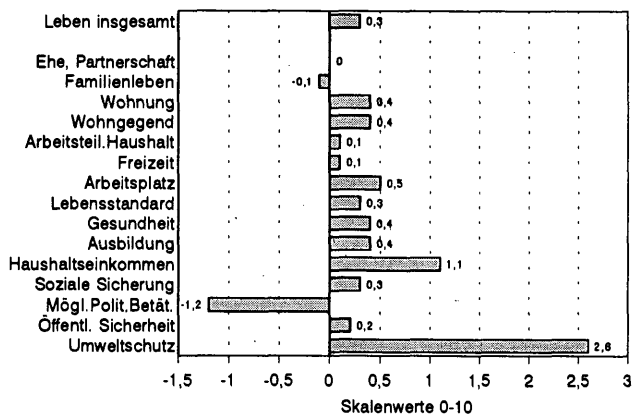
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993

Graphik 4

Veränderung der Zufriedenheiten mit dem Leben und einzelnen Lebensbereichen in Westdeutschland 1988 - 1993



Veränderungen der Zufriedenheiten mit dem Leben und einzelnen Lebensbereichen in Ostdeutschland 1990 - 1993



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1990, 1993

bensstandard. In diesen Bereichen sind die ostdeutschen Bürger - mit Abweichungen von mehr als einem Skalenpunkt auf der von 0 bis 10 reichenden Skala - jeweils weit weniger zufrieden als die westdeutschen. Auch die Lebenszufriedenheit - als ein summarischer Indikator für das subjektive Wohlbefinden und die persönliche Lebensqualität - liegt mit einem Wert von 6,9 noch deutlich unter dem westdeutschen Niveau von 7,9. Ähnlich niedrig stufen sich auf der Skala der Lebenszufriedenheit in Westdeutschland le-

diglich Bevölkerungsgruppen ein, die sich - wie z.B. Arbeitslose oder Personen mit starken gesundheitlichen Beeinträchtigungen - in besonders problematischen Lebenslagen befinden.

Steigende Zufriedenheit in Ostdeutschland, sinkende Zufriedenheit in Westdeutschland

Auch wenn die ostdeutsche Bevölkerung mit vielen Aspekten der Lebensverhältnisse weiterhin in erheblichem Maße Un-

zufriedenheit äußert, ist in den neuen Bundesländern ein Aufwärtstrend unverkennbar. Ein nennenswerter Rückgang der Zufriedenheit, wie er vor allem im ersten Jahr nach der förmlichen Vereinigung - in erster Linie wohl als Konsequenz des drastischen Beschäftigungsabbaus, aber auch generell enttäuschter Erwartungen - in verschiedenen Bereichen zu beobachten war, ist nun - von einer Ausnahme abgesehen - nicht mehr festzustellen. Im Vergleich zu 1990 hat vielmehr die Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt wie auch die Zufriedenheit mit den meisten Lebensbereichen und einzelnen Dimensionen der Lebensbedingungen zugenommen, in vielen Fällen sogar recht deutlich (Graphik 4). Am stärksten gestiegen ist die Zufriedenheit mit dem Umweltschutz und - überraschenderweise - auch die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen. Nennenswert zurückgegangen ist dagegen die Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der politischen Betätigung, eine Entwicklung, die gerade weil sie dem Trend zuwider läuft und mit der Demokratie einen Nerv dieser Gesellschaft betrifft, bedenklich stimmen muß.

Ganz anders ist die Situation in Westdeutschland. Im Vergleich zu 1988 ist die Zufriedenheit hier bestenfalls gleichgeblieben, in vielen Lebensbereichen aber zurückgegangen. Nur mit dem Umweltschutz waren die Westdeutschen 1993 zufriedener als noch fünf Jahre zuvor. Am stärksten gesunken ist die Zufriedenheit mit der Kirche, mit der öffentlichen Sicherheit, den demokratischen Einrichtungen und den Möglichkeiten der politischen Betätigung sowie der sozialen Sicherung. Auffällig ist, daß es sich dabei fast ausnahmslos um Aspekte der Lebensverhältnisse handelt, die einen engen Politikbezug aufweisen, bzw. sich direkt auf das politische System beziehen. Das Einstellungssyndrom, das verkürzt als Politikverdrossenheit bezeichnet wird, erfährt hier offenbar eine weitere Bestätigung.

Ansprüche der ostdeutschen Bevölkerung sind der Realität weit voraus

Zufriedenheit und Unzufriedenheit sind Ausdruck eines kognitiven Bewertungsprozesses, in dem die objektiven Lebensumstände an persönlichen Maßstäben gemessen werden. Wenn es darum geht, die aktuellen Zufriedenheitsunterschiede in

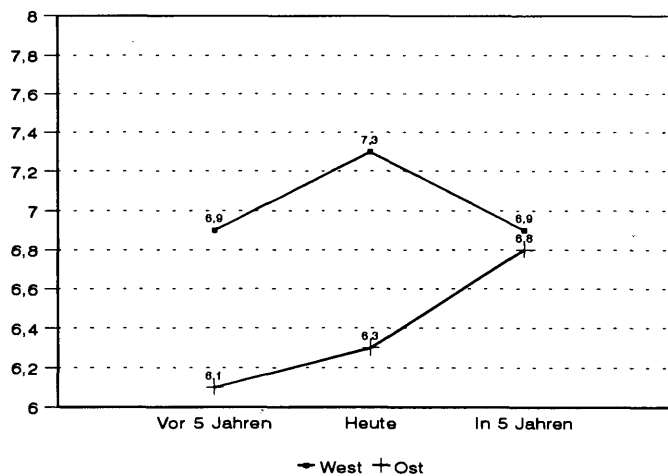
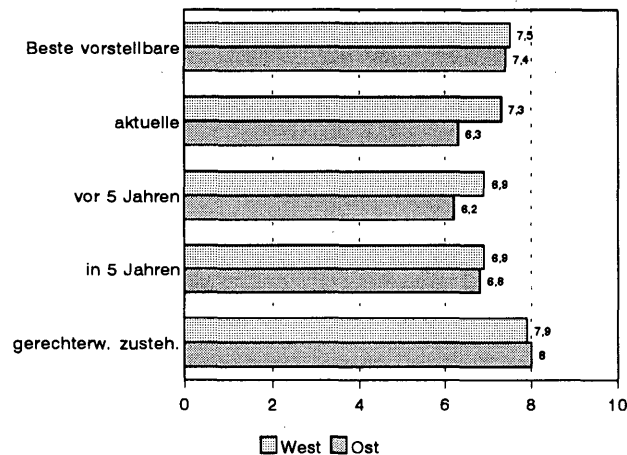
Ost- und Westdeutschland zu erklären, spielen daher neben dem faktischen Wohlstandsgefälle und den vielen Problemen, die der Transformationsprozeß für die Bürger der neuen Bundesländer mit sich bringt, auch die jeweiligen Ansprüche und Erwartungen eine Rolle. Erworben werden derartige Bewertungsmaßstäbe vor allem dadurch, daß Personen ihre eigenen Lebensverhältnisse mit denen von anderen oder ihrer eigenen früheren Situation vergleichen. Danach befragt, wie sie die eigenen aktuellen Lebensbedingungen bewerten, stufen sich die ostdeutschen Befragten auf der von 0 bis 10 reichenden Skala im Durchschnitt bei 6,3 ein (Graphik 5). Damit bewerten sie die aktuellen Lebensverhältnisse nur geringfügig besser als sie ihre Lebensbedingungen vor 5 Jahren aus heutiger Sicht einstufen. In den nächsten 5 Jahren rechnen sie mit einer Verbesserung auf einen Wert von 6,8, der aber immer noch weit unter dem der für sie besten vorstellbaren Lebensbedingungen mit 7,4 liegt. Der Skalenwert von 8,0 für die Lebensbedingungen, „die einem gerechterweise zustehen“, macht deutlich, wie weit die Ansprüche der ostdeutschen Bevölkerung der Realität gegenwärtig voraus sind. Die Anspruchslücke - als Differenz zwischen den Lebensbedingungen, die einem - wie man glaubt - gerechterweise zustehen und den realen, ist dort mit 1,7 Skalenpunkten weitaus größer als in Westdeutschland mit lediglich 0,6 Skalenpunkten. Sowohl die Einstufung der „besten vorstellbaren“ als auch die der „gerechterweise zustehenden“ Lebensbedingungen dokumentiert, daß das Anspruchsniveau der ostdeutschen Bevölkerung im Gegensatz zu den faktischen Gegebenheiten längst „Westniveau“ erreicht hat.

Ostdeutsche erwarten Verbesserungen, Westdeutsche Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen

Bezeichnend für die Stimmungslage in Westdeutschland ist, daß man hier anders als in den neuen Bundesländern in der näheren Zukunft nicht mehr wie früher mit einer weiteren Verbesserung der Lebensqualität rechnet. Die aktuellen Lebensbedingungen werden von den westdeutschen Bürgern besser beurteilt als sie vor 5 Jahren waren, aber auch besser als sie in 5 Jahren voraussichtlich sein werden. Wie der Knick in der Kurve optisch veranschaulicht (Graphik 5), ist der Wohlstandsgipfel überschritten und es kann -

Graphik 5

**Bewertung der eigenen Lebensbedingungen
Durchschnitt auf Skala 0 - 10**

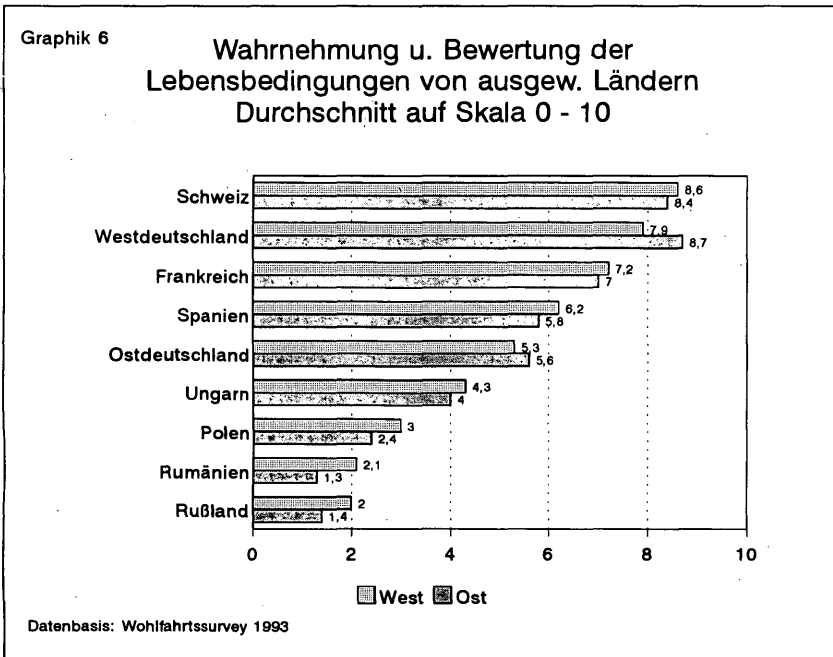


Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993

was das allgemeine Lebensniveau angeht - aus der heutigen Sicht der westdeutschen Bevölkerung in Zukunft nur noch schlechter werden, während es in der Erwartung der ostdeutschen Bürger - das dokumentiert die aufsteigende Linie - zukünftig beschleunigt nach oben geht. Beide Perspektiven erscheinen keineswegs unrealistisch. Träfen die subjektiven Erwartungen der zukünftigen Entwicklung der individuellen Lebensbedingungen tatsächlich ein, wäre die angestrebte Angleichung der Lebensverhältnisse in 5 Jahren in etwa erreicht: für die ostdeut-

sche Bevölkerung verbunden mit einer deutlichen Verbesserung, für die westdeutsche auf niedrigerem, d.h. auf einem Niveau, wie sie es heute vor 5 Jahren schon einmal erreicht hatte.

Aufschlußreich ist auch, wie die Deutschen in Ost- und Westdeutschland sowie in ausgewählten anderen Ländern West- und Osteuropas wahrnehmen und beurteilen (Graphik 6). Unter anderem offenbaren die Befunde das idealistische Bild, das sich die ostdeutsche Bevölke-



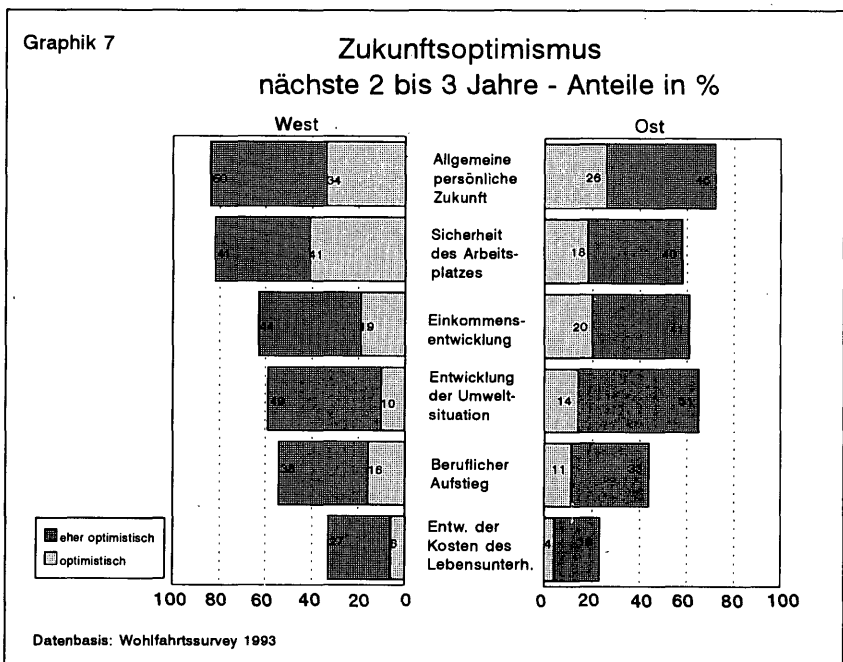
... rung auch heute noch von den Lebensbedingungen in Westdeutschland macht. In ihren Augen sind die Lebensverhältnisse in Westdeutschland weit besser als sie aus westdeutscher Perspektive beurteilt werden und sogar besser als in der - von den Westdeutschen gelegentlich als „Schlaraffenland“ apostrophierten - Schweiz. Im Gegensatz dazu werden die Lebensbedingungen der Ostdeutschen von den Westdeutschen noch schlechter eingeschätzt als sie von der dortigen Bevölkerung gesehen werden. Ostdeutsche Befragte stellen ihre Lebensbedingungen in etwa mit Spanien auf eine Stufe, westdeutsche stufen das ostdeutsche Lebensniveau dagegen deutlich niedriger ein als das der Spanier. In der Beurteilung der übrigen Länder unterscheiden sich West- und Ostdeutsche nicht entscheidend. Die Lebensbedingungen in Ostdeutschland werden hier wie dort deutlich besser beurteilt als die der übrigen Länder des früheren Ostblocks, die ähnliche Transformationsprobleme zu bewältigen haben.

Ostdeutsche fordern mehr Unterstützung, Westdeutsche mehr Geduld

Die Verschlechterung des sozialen Klimas und die gereizte Stimmung, die sich nach der Wiedervereinigung in Deutschland eingestellt hat, werden vor allem mit den Kosten des Vereinigungsprozesses und den daraus resultierenden Verteil-

lungskonflikten in Zusammenhang gebracht. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen dabei aber offenbar auch die wechselseitigen Ressentiments, Motivzuschreibungen und Erwartungen der Bevölkerungsteile in Ost und West. Im Kern stehen sich - was die Einschätzung des Transformationsprozesses und der damit zusammenhängenden Probleme angeht - zwei gegensätzliche Deutungsmuster gegenüber: Während den Ostdeutschen der

Prozeß der Angleichung der Lebensverhältnisse zu langsam geht und sie der Ansicht sind, ihren wohlhabenden und über Jahrzehnte privilegierten westdeutschen Landsleuten könnten und sollten größere Opfer zugemutet werden, sind die Westdeutschen angesichts der unüberschaubaren Kosten der Vereinigung um die Erhaltung ihres Lebensstandards besorgt und zudem mehrheitlich davon überzeugt, daß die neuen Bundesbürger ihr Anspruchsniveau reduzieren und mehr Geduld aufbringen müßten. 1993 stimmten 80 Prozent der ostdeutschen Befragten, aber lediglich 50 Prozent der westdeutschen der Aussage zu, „die Bürger der alten Bundesländer sollten zu mehr Opfern bereit sein, um die Lage in den neuen Bundesländern zu verbessern“. Demgegenüber vertreten 94 Prozent, d.h. nahezu die gesamte westdeutsche Bevölkerung, die Auffassung, „die Bürger der neuen Bundesländer sollten mehr Geduld zeigen, was die Verbesserung ihrer Lage betrifft“, im Vergleich zu immerhin auch noch 63 Prozent der Ostdeutschen, die dieser Aussage zustimmen. Diese Haltungen sind über die Zeit weitgehend stabil geblieben und haben sich der Tendenz nach eher noch verfestigt. Die vorliegenden Ergebnisse zeigen zudem mit aller Deutlichkeit, daß die Akzeptanz weiterer finanzieller Opfer in der Bevölkerung sehr eng an eine gerechte Verteilung der Belastungen geknüpft ist.



Deutsche in Ost und West sehen der näheren Zukunft mit gemischten Gefühlen entgegen

Ihre Zukunft beurteilen die Deutschen in Ost und West trotz aller Probleme durchaus nicht durchgängig pessimistisch, aber ebensowenig uneingeschränkt optimistisch. Was sich zeigt, ist ein verhaltener Optimismus in der allgemeinen Zukunftssicht: Hier äußern sich mit 57 Prozent der Westdeutschen und 54 Prozent der Ostdeutschen jeweils kaum mehr als die Hälfte der Bevölkerung zuversichtlich. Dagegen wird die allgemeine persönliche Zukunft für die nächsten zwei bis drei Jahre von einer großen Majorität „optimistisch“ oder zumindest „eher optimistisch“ eingeschätzt (Graphik 7). Bezogen auf einzelne Dimensionen der zukünftigen Entwicklung stellen sich die Erwartungen sehr unterschiedlich dar. Die westdeutsche Bevölkerung betrachtete - zumindest im Frühjahr 1993 noch - die Sicherheit der Arbeitsplätze weit überwiegend mit Optimismus. Rund zwei Drittel beurteilten auch die Einkommensentwicklung „optimistisch“ oder „eher optimistisch“ und mehr als jeder zweite die Umweltsituation und die Möglichkeiten beruflich voran zu kommen. In Ostdeutschland ist die Bevölkerung - bezogen auf die kurzfristige Entwicklung der nächsten 2 bis 3 Jahre - weniger optimistisch, vor allem in Bezug auf die Sicherheit der Arbeitsplätze. Nur die Umweltsituation wird hier optimistischer beurteilt als im Westen. Überwiegend pessimistisch beurteilen West- und Ostdeutsche gleichermaßen die zukünftige Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Im Ganzen wesentlich ungünstiger fällt die Beurteilung der zukünftigen Entwicklung aus, wenn man nur die Bevölkerungsanteile betrachtet, die uneingeschränkt optimistisch sind. Hier wird offenbar, daß eine Mehrheit der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland der näheren Zukunft mit sehr gemischten Gefühlen entgegenseht.

Heinz-Herbert Noll
(Tel.: 0621/1246-241)

Anteil der Singlehaushalte in den alten Bundesländern deutlich höher als in den neuen Bundesländern

Der Transformationsprozeß in den neuen Bundesländern bringt auch einschneidende demographische Veränderungen mit sich. Zu beobachten sind seit der Wende dramatisch gesunkene Heirats- und Geburtenraten, aber auch ein deutlicher Rückgang der Scheidungsziffern. In den westlichen Bundesländern gab es andererseits einen längerfristigen demographischen Wandel hin zu einem höheren Heiratsalter und gestiegenen Ledigenquoten. Dieser Wandel führte zu einem Anstieg von unverheiratet Zusammenlebenden, Einpersonenhaushalten und Wohngemeinschaften. Im Folgenden wird untersucht, in welchen Haushalts- und Familienformen West- und Ostdeutsche leben. Gerade in Krisenzeiten mit sinkender sozialer Sicherheit kommt den Primärgruppen wie der Familie eine zunehmende Bedeutung für die psychische Stabilisierung zu. Auf dem Hintergrund des Transformationsprozesses in den neuen Bundesländern wird zudem untersucht, welchen Stellenwert die Deutschen in Ost und West der Familie zumessen, ob verschiedene Haushalts- oder Familienformen mit einem unterschiedlichen subjektiven Wohlbefinden korrespondieren und welche Rollenvorstellungen Deutsche für Mütter im Spannungsfeld von Familie und Beruf favorisieren.

Mehr Lebenspartner mit Kindern in den neuen Bundesländern

Die überwiegende Mehrheit der Haushalte im gesamten Bundesgebiet bilden Ehepaare mit Kindern. Betrachtet man die Altersstruktur der Befragten in diesen Familienhaushalten, fällt auf, daß die Eltern in Ostdeutschland jünger sind als in Westdeutschland. Das ist wenig über-

raschend, da in der früheren DDR das durchschnittliche Alter bei der ersten Heirat und bei der Geburt des ersten Kindes deutlich niedriger war als in der Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung. Trotz vieler Ledigengeburten und der deutlich höheren Scheidungsziffern in der früheren DDR, gibt es ähnlich viele Alleinerziehende (unvollständige Familien) in Ost- und Westdeutschland. Die Ten-

